

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 24

Artikel: Vom Verhältnis zu Russland geprägt : die ukrainische Aussenpolitik seit der Unabhängigkeit 1991
Autor: Mazewezki, Sergej
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092813>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die ukrainische Aussenpolitik seit der Unabhängigkeit 1991

Vom Verhältnis zu Russland geprägt

Der junge ukrainische Radiojournalist Sergej Mazewezki hat unser Institut und die Redaktion schon vor drei Jahren besucht, als die Ukraine noch zur Sowjetunion gehörte. Heute ist die Republik unabhängig und mit Problemen konfrontiert, die sich grösstenteils aus der sowjetischen Vergangenheit ergeben. Mazewezki analysiert die Aussenpolitik seines Landes aus seiner Sicht und insbesondere das Verhältnis zu Russland.

In diesem Artikel möchte ich kurz einige wichtige Aspekte in der Aussenpolitik der Ukraine darstellen — eines der «europäischen Neulinge», die immer stärker an die Tür des europäischen Hauses klopfen. Es gab Höhen und Tiefen in dieser Politik; sicher mehr Tiefen als Höhen. Eben deshalb wird jetzt die Ukraine in den meisten Hauptstädten des Kontinents nur als Schutzgebiet für umgefärbte Kommunisten, als ein Staat mit ruiniertem Wirtschaft, der als letzten Trumpf seine Atomwaffen ausspielen will, wahrgenommen. Dies ist jedoch nicht weiter erstaunlich, da von einem Staat, der innerhalb der letzten 75 Jahre keine selbständige Aussenpolitik führte, obwohl er ein Mitglied der UNO war, eine starke und erfolgreiche Aussenpolitik kaum zu erwarten ist.

Russland als Gegner

Der erste und wahrscheinlich grösste Fehler wurde an dem Tag gemacht, als das ukrainische Parlament weltweit verkündete, dass die Ukraine ihre Nuklearwaffen abschaffen und in Zukunft ein atomwaffenfreier Staat bleiben will. Doch diese Entscheidung war unüberlegt, getroffen im Überschwang der Gefühle nach dem Erlangen der Souveränität. Man glaubte, auf diese Weise schneller die internationale Anerkennung zu erlangen. Nun werden die fatalen Folgen dieses aussenpolitischen Fehlers deutlich.

Einerseits fordert der Westen, in erster Linie die USA, die unverzügliche nukleare Abrüstung der Ukraine und droht mit Wirtschaftssanktionen und aussenpolitischer Isolierung. Andererseits nimmt die expansive Politik Russlands gegenüber den Nachbarstaaten und der Ukraine ständig zu. Und das Scheitern

des braun-roten Putsches in Moskau sowie die Festnahme einiger aggressiver russischer Chauvinisten bedeutet kaum, dass es in der Umgebung des diktatorisch regierenden Präsidenten Jelzin keine Leute gibt, welche die Ukraine als nur «zeitweilig verlorenes Territorium» betrachten.

Ausserdem wurde das ukrainische Verteidigungssystem wesentlich geschwächt, indem alle taktischen Atomwaffen Russland — also dem potentiellen Gegner Nr. 1 (so betrachten einige nationalistisch gesinnte Generale aus der oberen ukrainischen Militärführung den nördlichen Nachbarn) — praktisch unentgeltlich übergeben wurden. Und bis heute gibt es auf der ukrainischen Seite Befürchtungen, dass diese Waffen trotz der Vereinbarung zwischen den beiden Staaten nicht vernichtet wurden.

Es sind noch 176 strategische Atomraketen in der Ukraine verblieben, von denen 130 der veralteten «SS-19»-Raketen verschrottet werden sollen, wenn das ukrainische Parlament den Vertrag START I ratifiziert. Ob die Ukraine diese Raketen wirklich braucht? Kaum. Man hat in Kiew sicher nicht die Absicht, die Vereinigten Staaten oder die Nato mit veralteten Interkontinentalraketen abzuschrecken. Und gegen strategische Ziele in Russland sind sie sowieso ineffektiv. Aber die Bereitschaft zur Vernichtung dieser Waffen, besonders der modernen «SS-24»-Raketen, kann man gut verkaufen.

Atomwaffen unumgänglich

Die ukrainische Führung hat diese Tatsache begriffen, was zeigt, dass die Aussenpolitik der Ukraine noch nicht total hoffnungslos ist. Für die Vernichtung stellt Kiew folgende Bedingungen: finanzielle Unterstützung bei der Abrüstung und die Garantie der strategischen Sicherheit der Ukraine sowie der Unantastbarkeit ihrer Grenzen durch alle Atomstaaten, einschliesslich Russland.

In Kiew begreift man jedoch auch, dass die NATO nach der Vernichtung der strategischen Raketen ihren nuklearen Schirm über dem Territorium der Ukraine kaum aufspannt. Denn das würde die

Die Ukraine wird nur als Schutzgebiet für umgefärbte Kommunisten, als ein Staat mit ruiniertem Wirtschaft, der als letzten Trumpf seine Atomwaffen ausspielen will, wahrgenommen.

Die expansive Politik Russlands gegenüber den Nachbarstaaten und der Ukraine nimmt ständig zu.

Die Ukraine sollte dem Atomwaffensperrevertrag als ein Nuklearstaat beitreten.

militärische Isolierung Russlands bedeuten, was nicht im Interesse des Westens liegt. Deshalb bleibt die Ukraine allem Anschein nach noch eine gewisse Zeit ein Atomstaat mit nicht zahlreichen, aber für ihr Sicherheitssystem effektiven Raketen und/oder Atombombern. Dabei sollte die Ukraine dem Atomwaffensperrevertrag als ein Nuklearstaat beitreten. Dann würden ihre Waffensysteme, ebenso wie die aller anderen Atomstaaten, von der zuständigen internationalen Kommission kontrolliert.

Es lassen sich zwei Gründe für die These, dass die Ukraine in der näheren Zukunft ein Atomstaat bleiben wird, zusammenfassen:

- 1) Nur Atomwaffen können die effektive Abschreckungspolitik der Ukraine gegenüber potentiellen Angreifern und ihre strategische Sicherheit garantieren — eine Politik, die nun schon über 45 Jahre den globalen Frieden erhalten hat.
- 2) Die Ukraine hat eine hochentwickelte Atomindustrie. Der Zerfall dieses Industriebereiches, dem eigentlich die Entwicklung eben der Militärtechnik immer einen Ansporn gibt, wird den Staat langfristig sicher mehr kosten, als das Instandhalten eines begrenzten Atomwaffenarsenals.

Diese beiden Ziele zu erreichen ist für die Entwicklung einer selbständigen und unabhängigen Ukraine unumgänglich. Ebenso wichtig ist die Lösung des Schwarzmeerflotten-Konflikts und der damit eng verbundenen Krimfrage.

Streitpunkt Schwarzmeerflotte

Ich erinnere an die Erniedrigung der Ukraine in Massandra, als Präsident Krawtschuk unter dem Druck der russischen Delegation die Vereinbarung über den Verkauf des ukrainischen Teils der Schwarzmeerflotte als Schuldendeckung für Energieträger aus Russland unterzeichnete. Die Argumente Russlands in jenem Spiel, die Drohung, die Erdöl- und Erdgaslieferungen in die Ukraine zu beenden, waren stärker als die ukrainischen. Der ukrainische Präsident, der den Russen nichts gegenüberstellen konnte, unterzeichnete die Vereinba-

rung, in welcher die Verletzung der ukrainischen territorialen Einheit dokumentiert wurde. Denn der Verkauf der Schwarzmeerflotte bedeutet auch, dass Russland Flottenstützpunkte, in erster Linie in Sewastopol, erhält.

Es ist deutlich, welches Ziel Russland mit diesem Schritt verfolgt: Die endgültige Abtrennung der Krim von der Ukraine und die vollständige Kontrolle der nördlichen Schwarzmeerküste. Die Schwarzmeerflotte dient Russland nur als Instrument für zusätzlichen Druck auf die Ukraine. Denn eigentlich brauchen weder Russland noch die Ukraine die veralteten und halbverrosteten Schiffe der Schwarzmeerflotte. Doch die Ukraine benötigt eine eigene moderne und mobile Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meer zum Schutz der südlichen Grenzen der Republik.

Die Schwarzmeerflotte hätte bereits vor eineinhalb Jahren verkauft werden sollen, bevor die Frage über ihre staatliche Zugehörigkeit gestellt wurde. Der Fehler der ukrainischen Politiker lag darin, dass sie damals nicht an einen Verkauf dachten, da sie nicht voraussahen, welche Probleme sich aus dieser Frage ergeben würden.

Mehr Unabhängigkeit von Russland nötig

Die Ziele der ukrainischen Aussenpolitik in der gegenwärtigen Situation um die Schwarzmeerflotte sind klar. Die Schiffe, welche die Ukraine nicht braucht, verkauft sie Russland oder einem anderen Staat. Die Stützpunkte der Flotte erhält Russland für drei bis fünf Jahre zur Pacht, also für die Zeit, welche die Russen für den Aufbau eines eigenen Hauptstützpunktes in Noworossiysk benötigen. Und dann koexistieren auf dem Schwarzen Meer zwei Flotten — eine ukrainische und eine russische.

Aber eine solche Lösung des Problems liegt offensichtlich nicht im Interesse Russlands. Wie bereits erwähnt, ist ihr Hauptziel nicht die Flotte, sondern die Krim. Doch weiteres Argumentieren mit Russland scheint zwecklos, solange die Ukraine wirtschaftlich von Russland abhängig bleibt. Also muss die ukrainische Leitung endlich von ihrer ex-kommunistischen Denkweise Abschied nehmen. Man muss mit wirklichen politischen Wirtschaftsreformen beginnen, wie sie in Russland bereits in vollem Gange sind. Mit einer Privatisierung liesse sich auch das Energieträgerproblem lösen. Es wäre dann Sache der privaten Unternehmer, eine gemeinsame Sprache zu finden, auch ohne Jelzin und Krawtschuk.

Zu den Vorteilen der Ukraine kann man ihre ausgewogene und erfolgreiche Poli-

Russlands Hauptziel ist nicht die Flotte, sondern die Krim.

Die Schaffung einer sogenannten «schwarzmeer-baltischen Achse» mit Aufbau eines gemeinsamen Systems strategischer Sicherheit und Förderung eines gemeinsamen mittel-/osteuropäischen Wirtschaftsmarktes scheint möglich zu sein.

tik in bezug auf das Streben der Krim zu Autonomie und Selbstständigkeit zählen. Eigentlich können die Krimer Kiew nicht vorwerfen, dass es diesem Streben widersteht. Ich erlaube mir zu behaupten, dass eine solche Position für die Krim sympathischer ist als der vom ehemaligen russischen Parlament angebotene Status als Bundesgebiet der Russischen Föderation. Nur wenn die Ukraine dieses Problem auch weiterhin so ausgewogen behandelt, wird die Frage der Krimangehörigkeit nicht mehr gestellt werden müssen.

Drei mögliche Szenarien für die Zukunft

Die dargestellten Probleme zeigen, dass die Beziehungen zu Russland im Mittelpunkt ukrainischer Aussenpolitik stehen. Ich sehe drei mögliche Varianten ihrer Entwicklung:

1) Die weitere politische Entfremdung der Ukraine von Russland und ihre völlige sowohl politische als auch wirtschaftliche Orientierung nach Westeuropa, schliesslich Beitritt zu NATO und EG. In den nächsten 20 Jahren wird letzteres kaum eintreffen, obwohl es in der Ukraine viele Anhänger dieser Idee gibt, besonders unter Technokraten und westlich orientierten Jugendlichen. Aber bisher blieb die NATO sehr zurückhaltend betreffend den Beitritt der ehemaligen Ostblockländer und im besonderen der ehemaligen Sowjetrepubliken zu dieser Organisation.

Russland wird jedoch immer versuchen, eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO zu verhindern. Auch wirtschaftlich gesehen hat die Ukraine mindestens bis zum Ende des Jahrhunderts wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit keine Chance, in Westeuropa integriert zu werden.

2) Die Schaffung der sogenannten «schwarzmeer-baltischen Achse» — eines Bündnisses von baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Slowakei, Rumänien,

Bulgarien, Weissrussland und der Ukraine. Aufbau eines gemeinsamen Systems strategischer Sicherheit in engem Zusammenwirken mit der NATO und die Förderung eines gemeinsamen mittel-osteuropäischen Wirtschaftsmarktes.

Diese Variante scheint wahrscheinlicher zu sein, da die obengenannten Staaten ähnlich entwickelt sind und gewisse Erfahrungen sowohl wirtschaftlicher als auch politischer und militärischer Zusammenarbeit im Rahmen des ehemaligen Rates für gemeinsame Wirtschaftshilfe (COMECON) und des Warschauer Paktes haben. Anhänger einer solchen Entwicklung gibt es in der Ukraine sowohl unter den Vertretern der nationaldemokratischen Bewegung als auch unter den pragmatisch denkenden Kreisen der neuen Unternehmer.

3) Und die dritte Variante, die zurzeit in erster Linie von Russland angestrebt und von den ukrainischen Ex-Kommunisten und Direktoren der ehemaligen Grossbetriebe sozialistischer Industrie unterstützt wird, ist die engere Einbindung der Ukraine in die GUS, die Schaffung einer Wirtschaftsunion der GUS-Mitglieder, überstaatlicher Strukturen und eines gemeinsamen Sicherheitssystems.

Hinter den russischen Aktivitäten in diesem Bereich erkennt man immer dasselbe Ziel — die führende Rolle Russlands in der GUS zu fördern und damit dem weiteren Zerfall seines Imperiums vorzubeugen. Doch könnte eine solche Entwicklung auch eine andere Wendung nehmen. Da Russland der stärkste Staat der Gemeinschaft ist, könnte die Ukraine im Zusammenwirken mit anderen GUS-Mitgliedern dazu ein Gegengewicht schaffen und damit alle Vorteile, die ihre Mitgliedschaft in der GUS mit sich bringt, in vollem Umfang realisieren.

Also steht die Ukraine jetzt vor einer lebenswichtigen Entscheidung. Und der geringste Fehler ihrer Politiker könnte für den jungen Staat fatal sein. ■

Jörg Maier
Dipl. Malermeister
Betriebsökonom
Diplom-SIU

UM
Unternehmensberatung Maier

**Wenn mutige Entscheidungen anstehen
brauchen Sie eine Unternehmensberatung.**

Kirchplatz 4
8400 Winterthur
Telefon 052 212 11 77